



Protokoll Nr. 35

Sitzung von Donnerstag, 18. September 1997, 15.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident: Martin Frick

Anwesend:

Silvia Aepli
Raymond Anliker
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Arnold Bertschy
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess

Ursula Hirt
Andreas Hofmann
Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Regula Keller
Lilo Lauterburg
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Heinz Megert
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch

Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüeegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann

Entschuldigt:

Ernst Aebersold
Thomas Balmer
Esther Kälin Plézer

Andreas Krummen
Anton Maillard

Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Voranschlag für das Jahr 1998 (Vortrag und Abstimmungsbotschaft) sowie Produktgruppenvoranschlag NSB 1998 (FIKO/GPK/Gemeinderat) - <i>Detailberatung</i>	183
2.	Grundlagen für eine neue Verkehrspolitik in der Stadt Bern..... (Verkehrskommiss); Ergänzung von Art. 18 der Gemeindeordnung / Teilrevision Bauordnung, Art. 61 - 61c; <i>Abstimmungsbotschaft</i> (Meyer/Wasserfallen)	285
3.	Betrieb einer zeitlich befristeten stationären Rückführungs- und Betreuungsstelle für Drogenabhängige; Kredit (Bossart/Begert)	165
4.	Überbauungsordnung Bärenplatz Ost (Wintergärten am Bärenplatz); Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft (Balmer/Guggisberg)	185
4.a	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Eva von Ballmoos-Keller, GB): Gesamterneuerung Kornhausbrücke - wie weiter? (Guggisberg)	197
5.	Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Thomas Fuchs, JSVP): Geniessen..... Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer in Bern Spezialrechte? (Frösch)	195
6.	Dringliche Interpellation Leslie Lehmann (SP): Träumt das Wohnkollektiv stadTraum vergeblich? (Frösch)	205
7.	Dringliche Interpellation Peter Sigerist (GB): Wird auch die Stadt Bern Opfer der falschen Bundespolitik? (Frösch)	198
8.	Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB): Forderung des Gemeinderats nach Verschärfung der Asylgesetzgebung (Wasserfallen)	196
9.	Dringliche Interpellation Regula Keller (GB): Ferienregelung für Lehrfrauen,..... Lehrlinge und Lehrkräfte an der BFF, Ausbildung DamenschneiderIn (Omar)	199
10.	Einsatz der Securitas zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs in den..... Parkkartzonen; Bericht an den Stadtrat (Müller/Wasserfallen)	137
11.	Motion Michael Jordi (GB): Quantität und Qualität (Begert)	81
12.	Interpellation Fraktion GB/JA! (Peter Sigerist, GB): Wo steht das Berner Umweltmanagement? (Begert)	170
13.	Postulat Leslie Lehmann (SP): Stopp der Chinderchübu-Odyssee (Begert)	72
14.	Postulat Irène Marti Anliker (SP): Zukunftsszenarien im Spitalverband Bern (Begert)	173
15.	Postulat Edith Olibet (SP): Mehr Sicherheit für unsere Kinder auf der Schlossstrasse und in den umliegenden Quartieren (Wasserfallen)	125
16.	Kleine Anfrage Ernst Stauffer (SD): "Blaue Tage" im Nordquartier (Blaue Zone) (Wasserfallen)	161
17.	Interpellation Raymond Anliker (SP): Verkehrs- und Parkierchaos um Unitobler (Wasserfallen)	193
18.	Interpellation Irène Marti Anliker (SP): Trägt die Stadt genug Sorge zu Quartierinfrastrukturen? (Wasserfallen)	153

19. Interpellation Ernst Stauffer (SD): Gesetzesübertretungen durch ausländische Diplomaten im Strassenverkehr (Wasserfallen)	142
20. Postulat Hans Ulrich Gränicher (SVP): Organisation Notarzt-Dienst im Zusammenhang mit Einsätzen der Sanitätspolizei (Wasserfallen)	180
21. Interpellation Bernhard Hess (SD): Geschützte Wohlfahrtinstitutionen sollen in Bern weiterhin Geldsammelaktionen durchführen - Gewerbs- und bandenmässiges Betteln fragwürdiger Organisationen sollen verboten werden (Wasserfallen)	181

Mitteilungen des Präsidenten

Die Initiative "Bärn zum Läbe" wurde zurückgezogen.

Der Gesundheitsdienst der Stadt Bern hat eine Umfrage durchgeführt, an der sich rund 50% der Ratsmitglieder beteiligt haben. Das Resultat kann bei der 1. Vizepräsidentin eingesehen haben. Der Gesundheitsdienst dankt den Ratsmitgliedern für nicht selbstverständlichen Bemühungen.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 27 und 28 vom 14. August 1997 werden mit bestem Dank an die Verfasserin und den Verfasser genehmigt.

Traktandenliste

Vorsitzender: Nachtraktandiert worden ist als Traktandum 4.a die Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Eva von Ballmoos-Keller, GB): Gesamterneuerung Kornhausbrücke - wie weiter? Die Überbauungsordnung Bärenplatz Ost (Wintergärten am Bärenplatz) wird erst in der Abendsitzung behandelt werden können, da der Referent am Nachmittag nicht anwesend sein kann.

Michael Burkard (JF): Die GPK hat den Antrag des Gemeinderats zum Geschäft: Betrieb einer zeitlich befristeten stationären Rückführungs- und Betreuungsstelle für Drogenabhängige; Kredit, am 25. August behandelt. Der Referent begründete einen umfangreichen Rückweisungsantrag, der Massnahmen auf drei Ebenen umfasste: organisatorisch, fachlich und politisch. Allein auf fachlicher Ebene sind elf Massnahmen detailliert und ausführlich dargelegt worden, und es wurden auch politische Anträge gestellt. Die GPK hat es leider unterlassen zu erklären, sie benötige für diesen umfangreichen Antrag eine 2. Lesung. Gewisse Leute haben den Kern dieses Rückweisungsantrags nicht erfasst, nämlich anstelle eines stationären ein ambulantes Rückführungszentrum zu prüfen und weiterzuverfolgen. Es ginge dabei darum, erst den rückwärtigen Bereich abzusichern. Einige GPK-Mitglieder haben dem Rückweisungsantrag zugestimmt, die sowohl gegen ein stationäres wie auch gegen ein ambulantes Rückführungszentrum sind. Sie hätten einen Ablehnungsantrag stellen müssen. Deshalb ist der am 25. August beschlossene GPK-Antrag ungültig. Der Rückweisungsantrag enthält zudem auch organisationsrechtliche Bestimmungen oder Anträge, die klar in die Kompetenz des Gemeinderats fallen. Der Gemeinderat hat in der Sitzung dazu nicht Stellung genommen. Diese Rückweisung ging zudem weit über das vom Gemeinderat vorgelegte Geschäft hinaus. Der Stadtratspräsident hat darauf hingewiesen, dass diese Tatsache Probleme verursachen könnte. Auch der Stadtschreiber-Stellvertreter hat diese Zweifel nicht verneint. Ferner stand dem GPK-Referenten ein Schreiben von Regierungsratshalter Andreas Hubacher zur Verfügung, das auf Anweisung der Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin der GPK nicht ausgehändigt wurde, da es vertraulich sei. In der Zeitung war auch von einem Gutachten von Prof. Cyril Hegnauer die Rede, das der GPK nicht zur Verfügung stand. Dieses Gutachten steht zwar nur in einem indirekten Zusammenhang mit dem Geschäft, die rechtlichen Grundlagen sind im Vortrag jedoch ungenügend dargestellt worden. Wir haben die Lehre daraus gezogen, dass umfangreiche Anträge den Kommissionsmitgliedern mindestens eine Woche vor der Behandlung zugestellt werden müssen, damit wenn nötig eine 2. Lesung vorgesehen werden kann. Aus diesen Gründen beantragt die GPK dem Rat einstimmig, dieses Geschäft von

der heutigen Traktandenliste abzusetzen - alles andere wäre unseriös. Die GPK beabsichtigt, das Geschäft am 13. Oktober zuhanden des Stadtrats (im Stadtrat am 26. Oktober) zu verabschieden.

Christoph Stalder (FDP) bestreitet den GPK-Antrag. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass dieses Geschäft behandelt werden kann, der Gemeinderat sollte jedoch bereit sein, dem Rat heute die paar von der GPK verlangten Auskünfte zu erteilen. Die Sache ist dringend und kann nicht aufgeschoben werden. Wir können heute befinden.

Fürsorge und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert* bittet den Rat eindringlich, das Geschäft unbedingt heute zu behandeln. Die Situation ist prekär, es muss etwas unternommen werden. Die Ratsmitglieder haben einen Brief des Innenstadt-Leists erhalten, dessen Mitglieder sich beklagen, dass sie immer nur getröstet würden und nichts getan werde. Gemeinderätin Begert war in der GPK-Sitzung von letzten Montag anwesend und wäre für weitere Auskünfte zur Verfügung gestanden. Das Gutachten Cyril Hegnauers ist eine publizierte Studie, die jederzeit zugänglich ist, sich aber nicht auf das Rückführungszentrum, sondern auf FFE-Massnahmen bezieht. Auch der Brief von Regierungsratthalter Andreas Hubacher kann von den GPK-Mitgliedern eingesehen werden. Wenn die Ratsmitglieder das Drogenproblem in der Stadt Bern ernst nehmen und etwas unternehmen wollen, muss das Geschäft heute behandelt werden.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Absetzungsantrag der GPK mit 43 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Ordentliche Traktanden

1 Voranschlag für das Jahr 1997 (Vortrag und Abstimmungsbotschaft) sowie Produktgruppenvoranschlag NSB 1998

(Fortsetzung der Beratungen vom 11. September 1997)

Detailberatung

Präsidialdirektion

Antrag SD-Fraktion:

Kto.110.3650.30 Reitschule, Betriebsbeitrag IKUR

- 60 000.-

Beschluss

Der Rat lehnt den Kürzungsantrag zu Kto.110.3650.30 (- 60 000.-) mit 33 : 18 Stimmen ab.

Polizeidirektion

Antrag FIKO:

Kto.210.4370.00 Bussen

+ 500 000.-

Peter Sigerist (GB): Das ist ein Anliegen, das wir zu Recht jedes Jahr wieder vorbringen. Die Bussen sollten so erhöht werden, dass sie der Sicherheit im Strassenverkehr dienen. Bekanntlich haben die Unfälle in der Stadt Bern zugenommen. Vor allem werden die schwachen Verkehrsteilnehmer/Verkehrsteilnehmerinnen in letzter Zeit vermehrt geschädigt. Es ist nötig, den Druck aufrechtzuhalten, damit die Polizei ihre Aufgabe wahrnimmt, Verkehrssünder/-sünderinnen wirklich für ihr Vergehen zu büssen. Die neue eidgenössische Bussenordnung mit massiver Erhöhung der Bussen wirkte nur rund einen Monat lang. Der Rat möge dem Antrag zustimmen.

Christoph Müller (FDP) lehnt diesen Antrag ab. Eine Aufgabe der Polizei ist, dafür zu sorgen, dass die Verkehrssicherheit zunimmt. Der Bussenbetrag lässt sich nicht programmieren. Es ist leichtfertig, so zu budgetieren. Der Rat möge den Antrag ablehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der FIKO zu Kto.210.4370.00 (+ 500 000.-) mit 33 : 22 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Anträge der FIKO:

Kto.260.3110 Anschaffung von Mobilien, Maschinen, Fahrzeugen

- 60 000.-

Kto.260.3130 Betriebs- und Verbrauchsmaterialien

- 26 000.-

Ruth Rauch (SP): Kostensteigerungen für den Zivilschutz sind in der jetzigen Zeit im vorgesehenen Ausmass abzulehnen. Mit diesem Kürzungsantrag wird die Kostensteigerung reduziert.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* spricht gegen diese Anträge. Es geht darum, ein neues Fahrzeug anzuschaffen und zwei alte auszumustern (Sicherheit nicht mehr gegeben). Sofern das Zivilschutzzentrum Riedbach mit andern Nutzungen weiter betrieben wird, müssen wir etwas anbieten. Der Fahrzeugbestand soll jedoch reduziert und Synergien entwickelt werden. Die Fahrzeuge werden primär in der Ausbildung zum Personentransport verwendet. Können wir das Fahrzeug nicht anschaffen, müssen wir an den alten Fahrzeugen einen aufwendigen, teuren Unterhalt vornehmen. Eine Kürzung des Kredits hat somit Mehrkosten zur Folge. - Der Kredit für Betriebs- und Verbrauchsmaterialien dient der Werterhaltung von Zivilschutzanlagen und -material. Falls nötig, müsste, wenn der Betrag gekürzt wird, ein Nachkredit verlangt werden.

Kurt Mäusli (SP): Was hier verlangt wird, ist nicht nötig. Der Fahrzeugpark des städtischen Zivilschutzes dient nicht nur dem Zivilschutz. Verglichen mit andern Städten, gibt es beim Berner Zivilschutz zuviele Fahrzeuge. Für Kurse im Riedbach kann den Teilnehmern/Teilnehmerinnen zugemu-

tet werden, ein paar Meter zu Fuss zu gehen. Wer zivilschutzpflichtig ist, ist auch gehfähig. Der Rat möge den FIKO-Anträgen zustimmen.

Beschlüsse

1. Der Antrag zu Kto.260.3110 (- 60 000.-) wird mit 37 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.
2. Dem Antrag zu Kto.260.3130 (- 26 000.-) wird mit 38 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektion

Anträge der FIKO:

Kto.390.3660.10 Unterstützungen nach SKOS-Richtlinien	- 1 200 000.-
Kto.390.3660.11 Mietzins	- 800 000.-
Kto.390.3660.50 Übrige Unterstützungen (inkl. Krankenkassenprämien)	- 800 000.-
Kto 390.4360.80 Leistungen anderer Gemeinwesen	+ 200 000.-
Kto.393.3610.00 Beitrag an den Staat (Spitäler)	- 1 000 000.-
Kto.393.3620.00 Beitrag an den Spitalverband	- 1 000 000.-
Kto.393.4360.00 Rückerstattung Dritter	+ 500 000.-

Edith Madl Kubik (SP) empfiehlt dem Rat im Namen der einstimmigen FIKO, in den Konten 390.3660.10, 390.3660.11 und 390.3660.50 Budgetreduktionen vorzunehmen. Es geht dabei um Korrekturen aufgrund einer andern Einschätzung der Situation. Es handelt sich um gebundene Ausgaben. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Gelder den Berechtigten auszubezahlen. Diese Korrekturen passen die budgetierten Zahlen an die Hochrechnungen per Ende 1997 an, wofür ein Nachkredit in Aussicht gestellt worden ist. Wir gehen davon aus, dass die Zahlen für das Jahr 1998 gleich bleiben. Das Konto 390.4360.80 ist ein Einnahmenkonto, wofür die einstimmige FIKO eine Erhöhung beantragt. Die FIKO hat die Rechnungen der letzten Jahre verglichen und bei den Fürsorgeleistungen jedes Jahr sehr hohe Abweichungen (4,9 bis 8,2 Mio Franken) zwischen Budget und Rechnung festgestellt. Wir gehen davon aus, dass die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion immer sehr pessimistisch budgetierte. Wir möchten etwas optimistischer budgetieren, um solch hohe Abweichungen zu vermeiden und ein realistischeres Budget vorlegen zu können. Auch bei den Beiträgen an die Spitäler handelt es sich um gebundene Ausgaben. Auch hier sind hohe Abweichungen (Minderausgaben oder Mehreinnahmen) zwischen Budget und Rechnung festzustellen. Deshalb schlägt die FIKO auch hier Anpassungen vor.

Ursula Hirt (GB) lehnt die Kürzungsanträge im Namen der Fraktion GB/JA! ab. Diese Anträge sind reine Augenwischerei und Budgetkosmetik. Es ist unseriös, bei diesen gebundenen Ausgaben zu kürzen, denn die Zahl der Ausgesteuerten wird noch ansteigen und damit auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger/-empfängerinnen. Das Amt für wissenschaftliche Auswertung geht im Jahr 1997 von einer gleichbleibenden bis steigenden Zahl von Sozialhilfeempfänger/-empfängerinnen aus. Es ist deshalb unsinnig, diese Beträge zu kürzen. Dasselbe gilt für den Spitalverband. Mit einer Budgetkürzung steuernd einzugreifen, ist nicht sinnvoll. Es müssen andere Einflussmöglichkeiten gefunden werden. Bei den Beiträgen an die Spitäler kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich der Kostensenkungsdruck bereits auswirken wird.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt den FIKO-Anträgen zu den Konten 390.3660.10 (- 1 200 000.-), 3660.11 (- 800 000.-) und 3660.50 (- 800 000.-) mit 50 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.
2. Der Antrag zu Kto.390.4360.80 (+ 200 000.-) wird stillschweigend gutgeheissen.

Kurt Mäusli (SP): Der Gemeinderat wird im Vorstand des Spitalverbands von Gemeinderätin Ursula Begert vertreten. Es kann beim Beitrag an den Spitalverband nur gekürzt werden, wenn dies rechtlich seriös abgeklärt worden ist.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Bei den Beiträgen an den Spitalverband haben wir keine Wahl. Wir müssen diese Beiträge gemäss dem ausgehandelten Schlüssel bezahlen. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, auf den Kürzungsantrag der FIKO nicht einzutreten. Wir budgetieren so seriös wie möglich. Wir haben endlich erreicht, dass die Spitäler ein seriöses Investitionsbudget erarbeiten, damit die Gemeinden wissen, was sie in Sachen Investitionen zu erwarten haben. Gemeinderätin Begert bittet den Rat, diese Beträge nicht zu kürzen.

Edith Madl Kubik (SP): Niemand verlangt, dass auf die Kommastelle genau budgetiert wird. Wenn in der Rechnung jedoch Minderausgaben und Mehreinnahmen gegenüber dem Budget von mehr als 6 Mio Franken und die Rechnung 1996 um 14,5 Mio Franken besser abschliesst, stimmt etwas nicht. Auch wenn 5,75 Mio nicht budgetierbare Mehreinnahmen und einmalige Gewinnbeteiligungen sind, geht die FIKO davon aus, dass die Schere nicht so weit aufgehen wird, wie dies der Gemeinderat vorschlägt, auch wenn die Probleme zunehmen, mehr Personen allgemein versichert sind und die Lasten für die Öffentlichkeit dadurch grösser werden.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* bestätigt, dass der Gemeinderat im Gegensatz zur Kürzung der Unterstützungsleistungen den Kürzungsantrag zum Spitalverband ablehne, weil bereits 2 Mio Franken nachbezahlt werden mussten.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt den Kürzungsanträgen der FIKO zu den Konten 393.3610.00 (- 1 000 000.-) und 393.3620.00 (- 1 000 000.-) mit 39 : 25 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
2. Der Erhöhung des Betrags auf Kto. 393.4360.00 (+ 500 000.-) stimmt der Rat mit 56 : 7 Stimmen zu.

Schuldirektion

Antrag FIKO:

Kto.401.4340 Andere Benützungsgebühren, Dienstleistungen

+ 87 000.-

Edith Olibet (SP): Es handelt sich hier um einen sehr brisanten, hoch politischen und hoch emotionalen Antrag der FIKO. Diese zusätzlichen Einnahmen können realisiert werden, wenn die Parkplatzbewirtschaftung auf Schul- und Sportanlagen ab Beginn Schuljahr 1998/99 endlich eingeführt wird. Für die FIKO waren drei Gründe ausschlaggebend, um diesen Antrag einstimmig zu unterstützen: 1. muss der politische Druck erhöht werden. Die FIKO ist überzeugt, dass die nächsten 10 Monate ausreichen, um diese Parkplatzbewirtschaftung zu realisieren. Die Schuldirektion kann gewisse Arbeiten parallel laufen lassen, wie z.B. bei den Projekten im Investitionsbonus. 2. Aus der Sicht der FIKO geht es nicht mehr an, eine einzige Berufsgruppe, die eine spezielle Vorbildfunktion gegenüber Kindern und Jugendlichen wahrnehmen sollte, dermassen mit Samthandschuhen anzufassen. Schulhausabwarte, in der Blauen Zone parkierende Anwohner/Anwohnerinnen und das städtische Personal bezahlen für ihre Parkplätze. Diese Ungerechtigkeit muss endlich beseitigt werden. Der von der FIKO vorgegebene Zeitrahmen bis August 1998 ist ausreichend. 3. Mit der Bewirtschaftung und der Reduktion der Schulhausparkplätze macht die Stadt auch etwas in Richtung Abbau der Zentrumslasten. Die entsprechende Studie belegt, dass insbesondere viele Berufsschullehrkräfte ausserhalb der Stadt Bern wohnen. 74% der GIBB-Lehrer und Lehrerinnen und 86% der LWB-Lehrkräfte wohnen nicht in der Stadt Bern, d.h. rund 70% der AHV-pflichtigen Lohnsumme der Berufsschulen wird nicht in der Stadt Bern versteuert. Der Rat möge diesem Antrag zustimmen.

Walter Christen (SP) findet es bemühend, dass heute noch darüber diskutiert werden muss, dass eine Berufskategorie endlich gleich behandelt wird wie anderes Personal. Er ist erstaunt, dass diese Parkplatzbewirtschaftung nicht bereits auf 1. Januar 1998 eingeführt werden kann, denn die Sozialpartner haben schon vor 2½ Jahren darauf hingewiesen, dass alle Berufskategorien rechtsgleich behandelt werden müssen. Auch hätte die Schuldirektion die Verordnung über die Bewirtschaftung der Parkplätze des Kantons berücksichtigen sollen. Seit 1. Januar 1997 bezahlt das städtische Personal gemäss Parkplatzverordnung der Stadt Bern Gebühren. Vermutlich könnte sogar erfolgreich dagegen Beschwerde geführt werden, dass eine Berufskategorie keine Parkplatzgebühr bezahlt. Walter Christen bittet die Schuldirektorin, diesen Beschluss zu respektieren und auf den Beginn des Schuljahres 1998/99 umzusetzen und den Rat, den Betrag in das Budget 98 aufzunehmen.

Kurt Mäusli bezeichnet es als Frechheit, wenn in der Stadt Bern eine Beamtenkategorie, und insbesondere Lehrerinnen und Lehrer, die ein Vorbild sein sollten, mitten in der Stadt Gratisparkplätze benützen können. Diese Vorzugsbehandlung muss dringend abgeschafft werden.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Mit der politischen Unterstützung dieses Antrags werden offene Türen eingermannt. Diese Parkplätze sollen reduziert und bewirtschaftet werden. Es geht dabei auch noch um die mehreren hundert wilden Parkplätze auf Schulanlagen. Es wurde bereits eine 19köpfige breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt, worin die Lehrerschaft, die Schulkommissionen, die Gewerk-

schaft, die Hauswirtschaft und die Verwaltung vertreten sind. Die Arbeiten sind zügig vorangetrieben worden. Die Schuldirektorin hat bereits in der FIKO eingewendet, ohne Kredit (ca. 500'000 Franken) für die baulichen Massnahmen könne sie die Frist trotz bestem Willen nicht einhalten. Stimmt der Stadtrat diesem Antrag zu, wird sie einen Nachkredit verlangen müssen. Sie bittet deshalb den Rat, die Frist für diese Parkplatzbewirtschaftung hinauszuschieben.

Kurt Mäusli (SP) akzeptiert den guten Willen der Schuldirektorin, entgegnet ihr jedoch, ein richterliches Verbot könnte sofort angebracht werden.

Edith Olibet (SP) kann die Antwort der Schuldirektorin nicht akzeptieren. Wenn der Rat etwas beschliesst, muss die betroffene Gemeinderätin/der betroffene Gemeinderat dafür sorgen, dass diese Budgetvorgabe eingehalten werden kann, denn dies liegt im eigenen Einflussbereich.

Adrian Haas (FDP) entgegnet der Vorrednerin, die Beträge würden geschätzt und im Budget aufgeführt, und der Rat könne nicht das Verhalten des Gemeinderats über eine Betragsbudgetierung steuern. Wir können z.B. die Polizei nicht zwingen, mehr Kontrollen durchzuführen, indem die Busenbeträge erhöht werden. Soll der Gemeinderat zu etwas gezwungen werden, gibt es dafür andere Instrumente als das Budget.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Bevor wir die richterlichen Verbote anbringen können, müssen die baulichen Massnahmen (Absperrungen, Markierungen) ausgeführt werden.

Walter Christen (SP) bittet die Schuldirektorin, das Beispiel der Verkehrsbetriebe nachzuahmen. Es braucht keine baulichen Massnahmen, sondern nur ein richterliches Verbot.

Beschluss

Der Rat stimmt dem FIKO-Antrag zu Kto.401.4340 (+ 87 000.-) mit 62 : 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Anträge FIKO/GR:

Kto.401.4610 Kantonsbeitrag: Anteil Stadt an Überfinanzierung der Gymnasien	+ 1 500 000.-
Kto.401.4620 Gemeindebeiträge: TZ Rentner der Berufsschulen; Wohnsitzbeiträge der Aussengemeinden	+ 2 000 000.-

Peter Sigerist (GB): Es geht hier - Kto.401.4610 - um die Auswirkungen eines Verwaltungsgerichtsentscheids. Der Kanton hat den Gymnasiums-gemeinden 10,5 Mio Franken zuviel verlangt. Die entsprechenden Beträge werden im Laufe des nächsten Jahres zurückerstattet.

Beschlüsse

Der Rat stimmt diesen beiden Anträgen zu Kto.401.4610 (+ 1 500 000.-) und Kto.401.4620 (+ 2 000 000.-) stillschweigend zu.

Antrag Michael Burri (GFL):

Kto.405 Aufnahme eines neuen Kontos "Ludothek Lorraine", lautend auf einen Betrag von Fr. 29 200.-	+ 29 200.-
--	------------

Michael Burri (GFL): Dieser Antrag bezieht sich auf das von Simone Gretler und ihm eingereichte Postulat: Für eine gesicherte Zukunft der Ludothek Lorraine. Darin wird klar aufgezeigt, worum es geht und zu welchen Zwecken diese Unterstützung beantragt wird. Wir stellen diesen Antrag bereits jetzt, damit der Betrag schon in das Budget 98 aufgenommen wird.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Das Postulat könnte mit dem vorliegenden Antrag erledigt werden. Die Ludothek in der Lorraine, die bis jetzt über die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion subventioniert worden ist, soll den Berner Ludotheken zugeordnet werden. Die Schuldirektorin plädiert dafür, dass dieser Antrag in das Budget aufgenommen wird.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag Burri zu Kto.405 (+ 29 200.-) mit 39 : 27 Stimmen zu.

Antrag FIKO:
Kto.435.3510 Entschädigung an Kanton

- 3 400 000.-

Peter Sigerist (GB): Die FIKO beantragt dem Rat einstimmig, mit diesem Antrag ein politisches Signal zu setzen. Es geht darum, Einfluss auf eine laufende politische Auseinandersetzung zu nehmen. Die FIKO hat relativ lange darüber diskutiert, wie sich die Stadtkasse gegenüber dem Kanton verteidigen und verhindern kann, dass sie fortlaufend geschröpft wird. Der Grosse Rat hat bekanntlich im März 1997 das Sanierungsbeitragsgesetz beschlossen, das einen Beitrag der Gemeinden von 2% des harmonisierten Steuerertrags vorsieht, was für die Stadt Bern 5,8 Mio Franken ausmacht. Die FIKO hat zähneknirschend darauf verzichtet, zu beantragen, diesen Betrag auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Gegen den Beschluss des Grossen Rats hätte das Referendum ergriffen werden können. Dies hat jedoch niemand getan. Die zur Verfügung stehenden institutionellen Mittel gegen dieses "Schröpfgesetz" sind nicht ergriffen worden, nicht zuletzt deshalb, weil der Verband Bernischer Gemeinden glaubte, mit dem Kanton vernünftig verhandeln zu können. Inzwischen hat der Kanton den Anteil der Gemeinden an den Lehrerbesoldungen erhöht (von zwei Dritteln auf gut 70%). Diese Differenz entspricht den hier genannten 3,4 Mio Franken. Reduzieren wir den Betrag um diese 3,4 Mio Franken, ist die Stadt in der öffentlichen Auseinandersetzung in einer besseren Position gegenüber dem Kanton, und wir können damit in eine noch laufende Auseinandersetzung eingreifen, denn das Lehrerbesoldungsgesetz ist noch nicht beschlossen. Peter Sigerist bittet den Rat, diesem Kürzungsantrag im Interesse der Stadtkasse und der Gemeindeautonomie zuzustimmen.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Es müssen zwei Sachen klar auseinandergehalten werden: Einerseits der politische Druck (Argument von Peter Sigerist) und die Budgetwahrheit (ihr Argument). Wir konnten nicht anders budgetieren, da der Antrag des Regierungsrats auf dem Tisch liegt. Wir wissen nicht, wie der Grosse Rat in der Novembersession entscheiden wird. Der Kanton hat in letzter Zeit oft gegen die Gemeinden entschieden, denn er verfolgt andere Interessen als die Gemeinden. Wir müssen unsere Kosten klar auflisten. Der Rat möge den Antrag ablehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag zu Kto.435.3510 (- 3 400 000.-) mit 32 : 22 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Anträge FIKO/GR:

Kto.462.3019	Arbeitsprämien	+ 4 900.-
Kto.462.3050	Arbeitgeberbeiträge an Unfall- und Krankenversicherungen	+ 2 450.-
Kto.462.3106	Schulmaterialien für Unterricht	+ 29 080.-
Kto.462.3130	Betriebs- und Verbrauchsmaterialien	+ 3 530.-
Kto.462.3153	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	+ 2 700.-
Kto.462.3160	Miete, Pacht und Benützungskosten	+ 89 430.-
Kto.462.4610.01	Kantonsbeiträge	+ 16 180.-
Kto.462.4610.02	Kantonsbeiträge	+ 52 160.-
Kto.462.4620.00	Kantonsbeiträge	+ 42 310.-

Peter Sigerist (GB): Die Schuldirektion hat rasch geschaltet und sich in das Bundesprogramm eingeklickt, in dem der Bund für kurzfristige Stellenschaffungen 60 Mio Franken zur Verfügung stellt. In der LWB sollen neue Plätze geschaffen werden. Diese Erhöhungsanträge betreffen die Auswirkungen für die Stadt Bern.

Beschluss

Der Rat stimmt diesen Anträgen stillschweigend zu.

Planungs- und Baudirektion

Anträge FIKO:

Kto.500.3180	Honorare und Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter	- 35 000.-
Kto.501.3091	Personalwerbung	- 40 000.-
Kto.540.3110	Anschaffung von Mobilien, Maschinen und Fahrzeugen	- 16 000.-

Kto.561.3110 Anschaffung von Mobilien, Maschinen, Fahrzeugen

- 85 000.-

Adrian Berthoud (EVP): Hier geht es vor allem um Budgetpolster. Zu Kto.500.3180: In der Rechnung 95 wurde ein Betrag von Fr. 25 000.- ausgewiesen, der Voranschlag 97 enthielt Fr. 20 000.- Weshalb im Jahr 1996 ein viel höherer Betrag verbraucht worden ist, sollte allen bekannt sein (Tierpark). Der Honoraransatz soll wieder auf das normale Niveau gesenkt werden. Die Personalwerbung betrifft die Zentralen Dienste (im VA 97 Fr. 20'000.-). Kto.540.3110 betrifft das Tiefbauamt. Da der Stadtgenieur bereits in diesem Jahr angestellt worden ist, sollten im nächsten Jahr keine Einrichtungskosten mehr anfallen. Kto.561.3110 betrifft den Werkhof. Das Fahrzeug sollte über einen Investitionskredit beschafft werden.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Der Gemeinderat hält an seinen Anträgen zu den Konten 500.31.80 und 501.3091 fest. Das Konto Honorare und Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter betrifft Aufwendungen für Expertisen, Abklärungen usw. Dieser Budgetbetrag entspricht einem Durchschnittsbetrag der letzten Jahre. Brauchen wir den Betrag nicht, geben wir ihn auch nicht aus. Die Aufwendungen für Abklärungen und Expertisen nehmen jedoch zu. Die offenen Stellen konnten wohl besetzt werden, die Personalrekrutierung ist jedoch sehr aufwendig geworden. Sie muss sorgfältig durchgeführt werden. Eine Fehlbesetzung wirkt sich bedeutend kostspieliger aus. Gemeinderat Guggisberg möchte Nachkredite vermeiden. Die Anträge zu den Konten 540.3110 und 561.3110 kann der Gemeinderat entgegennehmen.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt dem Antrag zu Kto 500.3180 (- 35 000.-) mit 51 : 1 Stimme zu.
2. Der Antrag zu Kto.501.3091 (- 40 000.-) wird einstimmig gutgeheissen.
3. Die Anträge zu den Konten 540.3110 (- 16 000.-) und 561.3110 (- 85 000.-) werden stillschweigend gutgeheissen.

Finanzdirektion

Anträge FIKO/GR:

Kto.610.3610.10 Kant. Finanzausgleich	- 500 000.-
Kto.622.4240.00 Buchgewinne auf Anlagen des Finanzvermögens	+ 1 430 000.-
Kto.622.4110.00 Konzessionen und Patente	+ 400 000.-
Kto.630.4020 Liegenschaftssteuer	+ 600 000.-
Kto.860.3187 Steuern und Abgaben, übrige Gebühren	+ 600 000.-
Kto.860.3800 Einlagen in Spezialfinanzierungen	- 600 000.-
Kto.640.3013 Aufnahme neue Position 640.3013: Löhne Projekt Arbeit statt Fürsorge	+ 110 000.-

Beschluss

Der Rat stimmt diesen 7 Anträgen stillschweigend zu.

Anträge FIKO:

Kto.641.3010 Löhne und Zulagen	+ 43 870.-
Kto.641.3030 Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen	+ 2 760.-
Kto.641.3040 Arbeitgeberbeiträge an Städt.Personalvorsorgekasse	+ 3 890.-
Kto.641.3041 Einbau der Teuerungszulagen bei der Städt. Personalvorsorgekasse	+ 30.-
Kto.641.3050 Arbeitgeberbeiträge an Unfall- und Krankenversicherungen	+ 450.-

Edith Olibet (SP): Es geht um zwei neue Stellen im Sozialstellenpool, was für die Stadt rund Fr. 50 000.- ausmacht. Den Rest bezahlt die IV. Die FIKO empfiehlt dem Rat mit 8 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, dieser Erhöhung zuzustimmen.

Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest.

Beschluss

Der Rat stimmt diesen 5 Anträgen mit 46 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Antrag FIKO:

Kto.860.3153 Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt

- 180 000.-

Kto.860.3800 Einlagen in Spezialfinanzierungen (Korrektur)

+ 180 000.-

Beschluss

Der Rat stimmt dieser Korrektur stillschweigend zu.

Produktegruppen-Budget 1998

Peter Sigerist (GB) spricht für die FIKO. Bei der Behandlung der Rechnung NSB 96 wurde im Rat eine ziemlich grosse Unzufriedenheit laut. Diese Unzufriedenheit konnte im Laufe der gemeinsamen GPK/FIKO-Sitzungen einigermaßen abgebaut werden. Bei der Behandlung der verschiedenen Produktegruppen-Budgets konnten die Kommissionen ihre Rolle besser wahrnehmen als im letzten Jahr. Als Bilanz dieses Entscheidungsprozesses haben wir die Möglichkeit, dem Rat Verbesserungsvorschläge in bezug auf die Kompetenzordnung zu unterbreiten. Bezüglich Ablauf der Prüfungsarbeit der Kommissionen und Rolle des Parlaments ist vorgesehen, dass GPK und FIKO Ende Jahr dem Rat entsprechende Vorschläge unterbreiten. Die beiden Kommissionen werden zuerst einzeln, dann gemeinsam - am 26. November - die Vorschläge, die mit der Projektleitung NSB ausgearbeitet worden sind, beraten und Anträge stellen, wie der Prozess im nächsten Jahr vorbereitet werden soll. Wir verfügen heute im Hinblick auf den Grundsatzentscheid 1999, wie weit NSB in der Stadtverwaltung insgesamt ausgebreitet werden soll, eine besser abgestützte Diskussionsgrundlage. Peter Sigerist dankt allen Beteiligten herzlich für ihr grosses Engagement.

Michael Burkard (JF): Es hat sich eine neue Kommunikationskultur zwischen den Beteiligten der beiden vorberatenden Kommissionen ergeben. Die vier Teams: Team Projektleitung, Team Pilotämter, Team Stadtrat und Team Gemeinderat spielen zusammen, und es gibt oft auch neue Koalitionen. Spürbar ist auch eine neue Verantwortlichkeit, indem die Delegationen und der Rat ihre Anträge beantworten müssen (Verantwortung übernehmen für die Bestellung).

Produktegruppenbudget Informatikdienste

Rudolph Schweizer (SVP): Die Informatikdienste erbringen praktisch nur Dienstleistungen zugunsten anderer Dienststellen der Stadtverwaltung und verrechnen diese intern. Nur sehr wenige Aufträge kommen von aussen. Im Gegensatz zu andern Abteilungen sind bei den Informatikdiensten nicht Bürgerinnen und Bürger, sondern Dienststellen der Stadtverwaltung Kunden. Der Gesamtaufwand der Informatikdienste von rund 5,8 Mio Franken basiert auf Angaben der verschiedenen Dienststellen, die Leistungen der Informatikdienste anfordern. Das Produktegruppenbudget 1998 der Informatikdienste umfasst 5 Produktegruppen (Zentrale städtische Informatikleistungen, Strategische Anwendungen, Nicht-Strategische Anwendungen, Kommunikation und Projektarbeiten). Über den Inhalt der einzelnen Produktegruppen geben die Produktegruppenblätter Auskunft. Heute ist es so, dass nahezu alle Aufwendungen der Informatikdienste weiterverrechnet werden können. Die Fragen aus der GPK und FIKO sind zufriedenstellen beantwortet worden. Rudolph Schweizer dankt Hans Teuscher, Leiter der Informatikdienste, für seine Bemühungen. GPK und FIKO empfehlen dem Rat einstimmig, das Produktegruppenbudget Informatikdienste zu genehmigen.

Produktegruppenbudget Berufsfeuerwehr

Kurt Weyermann (FDP) stellt fest, dass sich rein vom Finanziellen her nichts geändert hat. Im Produktegruppenvoranschlag 1998 erscheint die Produktegruppe Bereitschaft nicht mehr, da dieses Produkt eigentlich zu jeder Produktegruppe gehört. Demzufolge hat die Feuerwehr die Bereitschaft jedem einzelnen Produkt zugeschlagen. Die um rund Fr. 440'000.- höhere Budgetierung gegenüber der Rechnung 1996 ist auf die laufende Feuerweherschule zurückzuführen, die 1998 kostenwirksam wird (Lohnkosten). Zudem müssen der Renovation der Feuerwehrekaserne wegen Fr. 100'000.- höhere Abschreibungen budgetiert werden. Der Mehraufwand bei der Produktegruppe Brandbekämpfung von rund Fr. 300'000.- gegenüber 1996 ist auf die Aufhebung der Produktegruppe Bereitschaft und auf die Anpassung an das Ergebnis 1996 zurückzuführen. Auf eine entsprechende Frage wurde der Delegation geantwortet, dass unter Ausrückzeit die Zeit seit dem Klingeln des Telefons bis zur Ausfahrt des ersten Fahrzeuges verstanden wird. Diese lag 1996 bei 2.21 Minuten. Bei der Interventionszeit (1996 = 8 Min.) handelt es sich um jene Zeit zwischen dem Klingeln des Telefons bis zum

Moment, in dem auf dem Brandplatz Wasser aus dem Schlauch spritzt. Die Zahlen bezüglich Einsatzkosten bei Bränden und Alarmen ohne Brände sind noch nicht hundertprozentig aussagekräftig. Es gibt auch viele Fehlalarme, die behandelt werden müssen. Bei der Produktgruppe Dienstleistungen für Dritte wird ein Kostendeckungsgrad von 46,5% veranschlagt (Budget 1997 = 22,38%, Rechnung 1996 = 38%). Das Budget 1997 basierte auf Schätzungen, während sich der Voranschlag 1998 auf Zahlen der Rechnung 1996 abstützt. Können einmal sämtliche von der Feuerwehr erbrachten Leistungen einem Produkt zugeordnet werden, wird ein Kostendeckungsgrad von 100% erreicht werden können. GPK und FIKO stellen je einen Antrag zur Produktgruppe Hilfeleistungen und zur Produktgruppe Dienstleistungen für Dritte und empfehlen dem Rat Annahme des Produktgruppenbudgets Feuerwehr.

Kurt Mäusli (SP) findet es unsinnig, dass auch dafür bezahlt werden muss, wenn die Feuerwehr einen Bienenschwarm von einem Balkon entfernen muss, denn es handelt sich dabei um eine Dienstleistung, die nicht vom Betroffenen/der Betroffenen verschuldet worden ist.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfall* entgegnet *Kurt Mäusli*, für das Entfernen eines Bienenschwarms von einem Balkon werde keine Rechnung gestellt.

Anträge GPK/FIKO:

Produktgruppe Hilfeleistungen:

Aufnahme des zusätzlichen Indikators "Kosten pro Bereitschaftsgrad", aufzuteilen in freiwillige und gesetzlich vorgeschriebene Dienstleistungen.

Produktgruppe Dienstleistungen für Dritte:

Aufführung des Kostendeckungsgrads pro Produkt.

Beschluss

1. Der Rat stimmt dem Antrag zur Produktgruppe Hilfeleistungen mit 64 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
2. Der Antrag zur Produktgruppe Dienstleistungen für Dritte wird mit 59 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Die Sitzung wird um 16.45 Uhr unterbrochen.

Im Namen des Stadtrats:

Der Präsident: *Martin Frick*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*